

Populismus in Europa

Sozialpolitische Forderungen und ihre Auswirkungen auf die Soziale Arbeit

STEFAN PIASECKI UND
FELIX JOHNE

Prof. Dr. Stefan Piasecki ist Professor für Soziale Arbeit an der CVJM-Hochschule in Kassel. Seine Lehrveranstaltungen umfassen die Bereiche Handlungsfelder der Sozialen Arbeit, Politik- und Sozialwissenschaften und Medienpädagogik. Er publiziert zu gesellschaftlichen und medienpolitischen Themen und ist als Referent national und international tätig. Die Recherchen für diesen Beitrag besorgte Felix Johne, Student des integrierten Studiengangs Soziale Arbeit/ Religions- und Gemeindepädagogik an der CVJM-Hochschule Kassel. Er hat sich bislang publizistisch mit Formen religiös begründeten juvenilen Extremismus beschäftigt. www.cvjm-hochschule.de

Populistische Gruppen und Parteien sind fast überall in Europa aktiv. Ihre sozialpolitischen Forderungen reichen dabei von der Abschaffung des Frauenwahlrechts bis zur Bereitstellung öffentlicher Gebäude als Schlafstatt für Obdachlose.

Ein Blick nach Europa zeigt vielerorts das Aufkommen neuer politischer Bewegungen oder das Erstarken bislang nur randständig erfolgreicher und wahrgenommener Parteien. So unterschiedlich sie sich inhaltlich darstellen, in der Bevölkerung verankert sind, sich als Teil von Traditionen verstehen oder »sozialrevolutionär« vollkommen neue Zustände schaffen wollen, so vereint sind sie in den Etiketten, die ihnen Politik und Medien umhängen.

Parteien wie die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders oder die österreichische FPÖ gelten als »populistisch«, andere, wie der belgische Vlaams Belang oder die Scottish National Party als »separatistisch«. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Dansk Folkeparti werden als »extremistisch« umschrieben, die spanische Podemos oder die französische Front de Gauche als sozialistisch oder antikapitalistisch. Vereinzelt treten sogar revisionistische und nationalchauvinistische Gruppierungen auf, wie die rumänische Partidul Romania Mare, welche ein Rumänien in den Grenzen von vor 1940 fordert.

Für die Profession der Sozialen Arbeit ergeben sich aus populistischer Programmatik vielfältige Herausforderungen, die über möglicherweise konkrete sozialpolitische Forderungen hinaus reichen. Wird Soziale Arbeit als »Menschenrechtsprofession« ernst genommen und verstanden und will sie »statusverändernde Prozesse« koproduzieren, also gemeinsam mit Betroffenen erarbeiten, ist sie gezwungen, authentisch und (weltanschaulich) neutral zu agieren. Dies hinsichtlich von möglicherweise marginalisierten Zielgruppen ebenso wie Menschen,

die aktiv oder mutmaßlich Teil populistischer oder extremistischer Bewegungen sind, da sie hier, mit Böhnisch gesprochen, in »Zonen der Verwundbarkeit« agiert.

Mit Begriffsetiketten wie »populistisch« oder »extrem« werden demnach Gruppierungen umschrieben, denen gemein ist, dass sie sich zum Zwecke der politischen Willensbildung zusammengeschlossen haben und zu Wahlen antreten, um politische Gestaltungsmacht zu erringen und ihrer Programmatik zur Realisierung zu verhelfen – die Programmatik solcher Parteien in Europa könnte inhaltlich kaum unterschiedlicher sein.

Revisionistische Parteien beabsichtigen Grenzveränderungen zur Homogenisierung der Bevölkerung, zur Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit und zur Erweiterung ihres Herrschaftsbereichs, separatistische Vereinigungen nämlich aus ähnlichen Gründen, wobei sie sich gegenüber den Zuständen im bisherigen Staatenverbund abgrenzen und sich, zudem im weitesten Sinne ethnisch argumentierend, innerhalb kleinerer Entitäten zu konsolidieren suchen.

Ähnlichkeiten finden sich auch in dem Versuch, »sozialrevolutionäre« gesellschaftliche Umgestaltungen vorzunehmen. Während sich national und nationalistisch gerierende Programmatik von Einwanderern oder (nicht-christlichen) Religionen abgrenzt wie jene des französischen Front National, sind Parteien wie die estnische Eesti Konservatiivne Rah vor allem anti-russisch und die polnische Prawo i Sprawiedliwosc tendenziell antideutsch.

Gesellschaftliche Abgrenzungen und Marginalisierung streben auch linke Parteien an, meinen damit jedoch je nach Lesart Bürgerliche oder Industrielle. Ein

ideologischer Hybride wie die secessionistische Scottish National Party SNP bezeichnet sich sogar selbst als linke, sozialdemokratische und progressive Kraft, die sich gegen das Vereinigte Königreich von England und Großbritannien, aber für ein unabhängiges Schottland und die Europäische Union ausspricht.

Sozialpolitische Forderungen

Als einer der Hauptvorwürfe gegenüber »populistisch« bezeichneten Positionierungen wird inhaltliche Beliebigkeit benannt. Populisten griffen »diffuse« Ängste in der Bevölkerung auf und versprächen »einfache Lösungen«. Ihre Vorschläge seien leicht zu vermitteln, aber schwer zu ermöglichen oder sogar nahezu unmöglich zu finanzieren.

Nicht unberücksichtigt muss wohl auch das Kalkül bleiben, durch extremste Forderungen Widerstand im Ausland zu erzeugen, welcher wiederum innenpolitisch instrumentalisiert werden kann. Hierzu zählen die Wiedereinführung der Todesstrafe (polnische PiS), die Abschaffung des Frauenwahlrechts (polnische Kongres Nowej Prawicy) oder andererseits auch die Bereitstellung öffentlicher Gebäude als Schlafstatt für Obdachlose (griechische Syriza).

Konkrete sozialpolitische Forderungen umfassen die Realisierung von »Familienbetreuern« für ältere Menschen und Rentner (finnische Perussuomalaiset), die Finanzierung des Gesundheitswesens allein aus Steuern (Dansk Folkeparti), ein

stellt, angegriffen und zuletzt überwunden, politische Aktivitäten also den Bereich der Verfassungsfeindlichkeit überwinden und konkret verfassungswidrig werden.

Linker wie rechter Extremismus entwirft alternative Gesellschaftsordnungen, die kämpferisch zu erringen und dann zu verteidigen seien. So verfolgt die griechische Chrysi Avgi die Schaffung paramilitärischer Gruppierungen, ebenso wie die polnische PiS sie zum Schutz des Vaterlandes und zur Unterstützung der nationalen Streitkräfte wünschte und mittlerweile realisierte (Hassel 2016). Die Schweizerische Volkspartei SVP lehnt ein Wahlrecht für Ausländer ab, die slowenische Slovenska nacionalna stranka argumentiert für eine Abschaffung von Sonderrechten für Roma und die Begrenzung der Vergabe von Arbeitsplätzen an Ausländer.

Linker wie rechter Extremismus befürwortet die Verstaatlichung privater Unternehmen (bulgarische Ataka), des privaten Besitzes von Minderheiten (rumänische Partidul Romania Mare), eine restriktivere Zuzugs-, Familienzusammenführungs- und Migrationspolitik (Dansk Folkeparti) oder die Beschränkung von Einwanderung auf eine Obergrenze und Ausweisung illegaler oder straffälliger Einwanderer (Front National).

Bestandteil sowohl von populistischen wie auch extremistischen Parteien des gesamten politischen Spektrums und ihrem immanenten Bezug zum Volk in Abgrenzung zu (anderethnischen) »Minderheiten« oder (besitzenden) »Klassen« ist die Forderung nach

»Traditionelle Wahlpräferenzen sind für viele Menschen nicht länger gültig«

höheres Kindergeld zur Hebung der Geburtenrate und für die Finanzierung von Erziehungsurlaub (Vlaams Belang) oder die Bevorzugung von Eltern bei der Vergabe von Arbeitsplätzen (NPD).

Als extremistisch bezeichnet werden dagegen in Deutschland Bewegungen, die »aktiv kämpferisch« im Sinne des § 92 Strafgesetzbuch eine grundlegende Veränderung der gegebenen Gesellschaftsordnung beabsichtigen. Die neue soziale Ordnung soll nicht lediglich verändert, sondern tatsächlich »extrem« umgestaltet werden in dem Sinne, dass Begriffe, Strukturen und soziale Prozesse grundlegend in Frage ge-

Plebisziten oder Volksabstimmungen. Bemerkenswert ist hier eine starke Zuversicht in die Zustimmungsfähigkeit der eigenen Programmatik und des eigenen politischen Personals durch das ansonsten wenig definierte »Volk«.

Die ethnisch oder stratifikatorisch definierte Masse an Unterstützern wird anscheinend in ihren Auffassungen als so homogen erkannt, dass die populistische oder extremistische Gruppierung selbst vor einer Volksabstimmung keine Angst zu haben scheint. Inhaltlich so unterschiedliche Parteien wie die Alternative für Deutschland oder die italienische

Movimento 5 Stelle argumentieren für die Stärkung der direkten Demokratie.

Populismus und Medien

Die grundgesetzlich gebotene »Schaffung gleicher Lebensbedingungen« ist weitgehend erreicht. Ein ausgeweiteter, differenzierter und leistungsfähiger Sozialstaat hat die grundlegenden Lebensrisiken gemindert, wenn auch nicht beseitigt. Ideologische Heilsversprechungen des 19. und 20. Jahrhunderts sind heute weder nötig noch glaubhaft.

Die von der 68er-Bewegung forcierte Herrschafts- und Institutionenkritik hat mit dazu beigetragen, dass einerseits nichts und niemand sich mehr Kritik entziehen und andererseits, dass jedermann jederzeit seine Rechte einfordern und sogar selbst definieren kann, für die er, in Zeiten der Sozialen Medien, schnell Unterstützer und pressure groups findet.

Traditionelle Wahlpräferenzen haben für viele Menschen nicht länger Gültigkeit in dem Maße, wie sie aufgrund ihrer multiplen Lebensläufe und Qualifikationen eben selbst nicht mehr lebenslang »Arbeiter« bleiben und entsprechend wählen zu müssen glauben, sondern sich auch als Selbstständige oder vegane, atomstrombefürwortende Zivilisationsaussteiger mit Funknetzbedarf definieren können; mithin Lebensstile sich pluralisierten.

Für Parteien bedeutete dies schon in den 1980er Jahren – und das Aufkommen neuer Bewegungen wie zunächst der Grünen und später der Republikaner zeigt dies – dass sie nicht mehr eindeutig auf ihre Stammwähler zählen konnten und somit begannen, Stimmungen nachzulaufen und damit um Stimmen zu werben. Auch klassische Volksparteien handelten somit populistisch, während sie sich von neuen politischen Gruppierungen, die dem individualisierten Wahlverhalten und der Hoffnung auf partikularistische Politik entsprachen und von diesem profitierten, mit dem Schlagwort des »Populismus« abgrenzten.

In dem Maße, wie demnach am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland traditionelle Parteien ihren Markenkern entseelten und sich das Parteiensystem segmentierte und etwa, wie die CDU, von traditionellen Milieus wie den Vertriebenen als Wählergruppe und vom Leistungsgedanken als Primat individuellen Erfolgs löste, oder die SPD, die insbesondere mit der Einführung der Hartz IV-Reformen die Abspaltung

der WASG und eine Stärkung der PDS/Linkspartei riskierte und Wählergruppen verprellte, die bislang nicht zurückgewonnen werden konnten und gleichzeitig die Grünen in Person des damaligen Außenministers Joseph Fischer hypermoralisch am ersten (und überdies völkerrechtlich bedenklichen) Angriff der NATO in Europa mitwirkten, mussten und wollten die großen Parteien in angrenzenden Wählergruppen Stimmen gewinnen.

»Vielfach wird eine vierfache Antihaltung beobachtet: Anti-Europa, Anti-Einwanderung, Anti-Kapitalismus, Anti-Establishment«

Dadurch änderten sich Auftreten, Sprache und letztlich Programmatik. In der Folge wurden sie sich überaus ähnlich und den traditionellen eigenen Stammwählern fremd, während zunehmend individualisierte Gesellschaftsmitglieder sich in den großen Parteien aufgrund deren Vergleichbarkeit nicht mehr wiederfanden. Parlamentarisch zeigte sich dies in »Großen Koalitionen« in Deutschland und Österreich und vielen Bundesländern, welche kritische Stimmen einer eigentlich regulierenden Opposition marginalisierten, aufsaugten oder zum Verstummen brachten; dies auch dadurch, dass sie den für die politische Berichterstattung verfügbaren Platz in Medien vielfältig besetzten.

Die von Frankenberger bei britischen Wählern beobachtete »vierfache Antihaltung« – Anti-Europa, Anti-Einwanderung, Anti-Kapitalismus, Anti-Establishment – speist sich nicht zuletzt aus dem Unmut gegen die totale vereinheitlichte Meinung der politischen und mediale Klasse in diesen und anderen Fragen. Wenn alles im Leben Frieden ist und jeder Kampf, wie in der ausgehenden DDR, dem Frieden und dessen Schaffung oder Erhalt gilt, was ist dann Frieden und wofür wird noch konkret gekämpft? Wenn alle Parteien sich weitgehend den gleichen Zielen verpflichten erscheint es schwieriger, die Stimmabgabe zu begründen.

Politische Grenzziehungen diffundieren überdies zusehends. Das voraussetzungslose Bürgergeld als moderne Form einer alten frühsozialistischen utopischen Forderung nach bedingungsloser Grundversorgung aller wurde 1994 (aktualisiert 2010) von der FDP übernommen,

die sich davon eine Entbürokratisierung des Sozialsystems und Kostenersparnis erhoffte, gleichsam jedoch von der SPD-Arbeitsministerin Nahles abgelehnt.

Die AfD hat weitgehend Forderungen der CDU seit der Mitte der 1990er Jahre übernommen und wird heute als populistisch angegriffen, während die CDU in Person ihrer Kanzlerin Merkel selbst genuine Forderungen der Grünen wie den Ausstieg aus der Atomkraft

umsetzte oder mehrheitlich mittrug. Die sozialpolitischen Forderungen des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz orientieren sich erkennbar an dem Ziel, alte Wählergruppen wieder zur Wahl der SPD zu motivieren und erscheinen weder durchgängig konkret definiert noch finanziert. Populismus erscheint allen Parteien gelegen zu sein – neue Parteien und Formationen haben allerdings den Vorteil, dass sie fokussiert und zugespitzt, radikal oder sogar extrem argumentieren können, ohne auf gewachsene Parteitraditionen Rücksicht nehmen zu müssen.

Um in einer medialisierten Gesellschaft Gehör zu finden, sind Parteien darauf angewiesen, Aufmerksamkeit zu generieren und auf ihre Ziele hinzuweisen. Aufmerksamkeit generiert gemäß der Nachrichtenwerttheorie im Nachrichtenstrom, was unverwechselbar, laut, schrill scheint. Selbst wenn Medien unisono eine populistische, polemische oder sogar extremistische Forderung einer Partei ablehnen, generieren sie dadurch Aufmerksamkeit und weisen Menschen so erst auf diese hin.

Medien und Politik verfolgen darüber hinaus unterschiedliche Prozessgeschwindigkeiten: Ein von Bürgern als drängend empfundener Sachverhalt bedarf, hat er einmal die Sphäre des Politischen erreicht, u. U. monatelanger oder jahrelanger Bearbeitung, bis sich eine Lösung im Rahmen von Verordnungen, Erlassen oder Gesetzen erreichen lässt und zeigt. Medien hingegen verlangen täglich nach einer Schlagzeile. Selbst wenn also Kritik aus dem gesellschaftlichen Raum schnellstmöglich bearbeitet wird, können Medien in ihrer

Berichterstattung die Erwartungshaltung von Bürgern nachhaltig frustrieren.

Fazit: Nicht nur »Populisten« sind populistisch

Wähler, die sich hinsichtlich ihres Wechselinteresses oder ihrer Informiertheit wie auch ihres Rationalitätsgrades als ansprechbar typisieren lassen, sind auf der Suche nach Orientierung und goutieren nicht selten auch extreme Forderungen als Ausdruck von Stärke und Willenskraft, wenn die fordernde Partei nicht im unweigerlich einsetzenden politischen und medialen Gegenwind einknickt.

Affektuelle und zweckrationale Wechselwähler, die einen kaum informiert aber über ihre Stimmungslage ansprechbar, die anderen gut informiert doch nicht parteigebunden, machen in aktuellen einer Umfrage in Bayern immerhin 31 Prozent der Wähler aus und nehmen bewusst an ihnen wichtigen Wahlen teil, sind also aktivierbar.

Die Wahl oder Parteinarbeit für eine dem Populismusverdacht gescholtene Gruppierung mag daher nicht alleine deren (sozialpolitischen) Forderungen geschuldet sein, sondern kann auch als ziviler individueller Akt der Emanzipation gegenüber allmächtigen, allpräsenten und letztlich doch verwechselbaren Großparteien verstanden werden oder als Misstrauen gegenüber deren Lösungskompetenz.

Für die Soziale Arbeit ergibt sich das Dilemma (vergleichbar der Strafgefangenenhilfe), dass sie Partei für den Menschen beziehen muss, aber sich weltanschaulich neutral verhalten soll. Vertrauen erarbeitet sich die Soziale Arbeit im sozialen Raum nicht nur im Austausch zwischen in sozialwirtschaftlich Tätigen und Klienten, sondern wird auch durch Impulse von außen, der Politik und den Medien, erschüttert oder gefördert. Sozialarbeit kann daher ihren vielfältigen Herausforderungen nur durch Offenheit und Neutralität entgegen, für die Anerkennung und Respekt jedoch durchaus eingeworben werden dürfen. ■

Der Text des Beitrags kann mit ausführlichen Fußnoten und Literaturangaben bei den Verfassern angefordert werden. Zudem steht eine umfangreiche Auflistung »Sozialpolitische Forderungen europäisch-populistischer Parteien« zum Abruf bereit (E-Mail piasecki@cvjm-hochschule.de).